

AUSGABE VOM 17. NOVEMBER 2023

Ein Leben für die Politik: Kreis-CDU trauert um Lothar Hegemann

Die CDU in der Region trauert um eine große Persönlichkeit: Lothar Hegemann, Ehrenvorsitzender des CDU-Kreisverbandes Recklinghausen, langjähriger Landtagsabgeordneter und Kreistagsmitglied, ist völlig überraschend am Dienstag im Alter von 76 Jahren verstorben. Lothar Hegemann lebte für die Politik: Von 1987 bis 2010 war er stellv. CDU-Landesvorsitzender und Schatzmeister, bei der CDU-Ruhr stellv. Bezirkschef von 1978 bis 2002. Den CDU-Kreisverband führte er bis 2005 22 Jahre lang. „Ich bin sehr traurig, wir hatten uns noch für Dezember in Berlin verabredet. Dazu wird es nun nicht mehr kommen. Die Union trauert um einen großen Politiker und eine prägende Persönlichkeit. Ich habe ihm viel zu verdanken, er war immer ein guter Ratgeber. Meine Anteilnahme und meine Gedanken sind bei seiner Ehefrau und seiner Familie“, kondoliert CDU-Bundestagsabgeordneter Michael Breilmann.

CDU/CSU siegt in Karlsruhe: Schattenhaushalte künftig passé

Schattenhaushalte sind künftig passé. Dies ergibt sich aus dem Urteil, welches das Bundesverfassungsgericht aufgrund eines Antrags von Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion gegen das dubiose Finanzgebaren der Ampel-Koalition gefällt hat. Über die Auswirkungen des Urteils hat der Bundestag in einer Aktuellen Stunde am Donnerstag debattiert. Das Karlsruher Gericht hatte eine Umschichtung von 60 Milliarden Euro im Haushalt von 2021 für verfassungswidrig und nichtig erklärt. Unions-Fraktionschef Friedrich Merz forderte die Ampel auf, für 2024 einen verfassungsgemäßen Bundeshaushalt vorzulegen.



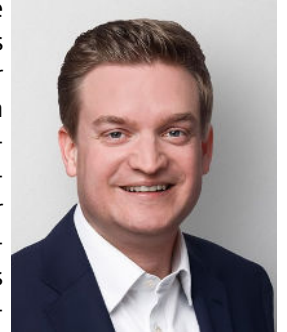
„Erstmals in der Geschichte wurde ein Bundeshaushalt für nichtig erklärt. Die Ampel steht vor einem Scherbenhaufen“: Unions-Fraktionschef Friedrich Merz wertet das Karlsruher Urteil in der Aktuellen Stunde des Bundestages am Donnerstag als „historisch“. (Bild: privat)

Konkret hatte die CDU/CSU-Fraktion in Karlsruhe überprüfen lassen, ob die Ampel Kreditermächtigungen in Höhe von 60 Milliarden, die zur Bewältigung der Corona-Pandemie vorgesehen waren, in den Klimatransformationsfonds (KTF) verschieben durfte. Die Summe wurde 2021 verbucht, sollte aber in den Folgejahren erst ausgegeben werden. Das Urteil hat laut Merz „sehr weitreichende Folgen“. Er äußerte die Vermutung, dass auch der Wirtschaftstransformationsfonds von dem Urteil betroffen sei, weil er auf einer ähnlichen Konstruktion beruhe wie der KTF. 2022 seien an der Schuldenbremse vorbei Schulden aufgenommen worden, die in den Jahren 2023 und 2024 ausgegeben werden sollen. Ob dies erlaubt

sei, dazu werde man ein Rechtsgutachten in Auftrag geben, kündigte der Fraktionsvorsitzende an und warnte die Regierung davor, mit dem Haushalt 2024 erneut die Verfassung zu umgehen. „Die Schuldenbremse ist jetzt maximal scharf gestellt“, kommentiert CDU-MdB Michael Breilmann das Karlsruher Urteil. Die Ampel brauche über Buchungstricks und Umgehungsmanöver nun nicht mehr nachdenken. Alle Ausgaben gehörten auf den Prüfstand. Breilmann wird in der kommenden Haushaltwoche zu den Auswirkungen im Etat auf Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen sprechen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

was für eine Klatsche aus Karlsruhe für die Ampel! Ich hatte aus Überzeugung zusammen mit der CDU/CSU mitgeklagt und das höchste deutsche Gericht



hat uns in allen Punkten Recht gegeben. Diese historische Entscheidung stärkt die Rechte des Parlaments. Noch nie hat es eine solche Situation gegeben, dass eine Regierung verfassungswidrige Haushalte sehenden Auges auf den Weg gebracht hat. Wir haben als Opposition die Bundesregierung davor gewarnt, das Urteil kommt nicht aus dem heiteren Himmel – im Gegenteil: mit Ansage. Der Ampel fliegt ihre unseriöse Haushaltspolitik um die Ohren. Die Regierung hat Milliarden, die sie nicht hätten anrühren dürfen, genommen, um daraus ihre Ampel-Luftschlösser zu finanzieren. Die Ampel steht vor einem Scherbenhaufen, mit bloßen Umschichtungen ist es nicht getan. Aber wie trotzig Kinder negieren sie die Realität, zeigen keinerlei Bewusstsein dafür, dass sie verfassungswidrig gehandelt haben. Betroffen ist auch Bundeskanzler Olaf Scholz persönlich: Finanzminister Christian Lindner hatte seinem direkten Amtsvorgänger ausdrücklich für die Ausarbeitung dieser Konzeption des Nachtragshaushalts 2021 gedankt. Wo wir damit gelandet sind, können wir nun besichtigen. Ein Neustart mit einer Neuformulierung der politischen Ziele ist unumgänglich.

Ihr

Michael Breilmann

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Recklinghausen I



Ukraine: CDU/CSU will umfassendere Unterstützung

Der Bundestag hat am Donnerstag den CDU/CSU-Antrag „[Wiederaufbau der Ukraine fördern –Gewährleistungsrahmen des Bundes nutzen](#)“ beraten und abgelehnt. Seit fast zwei Jahren verteidigen die Ukrainer ihr Land gegen den brutalen Angriff Russlands. Die Ukraine verteidigt dabei nicht nur ihr eigenes Territorium, sondern auch unsere Freiheit und die europäische Sicherheitsarchitektur. Umso wichtiger ist es, die Ukraine weiter entschlossen und wirkungsvoll zu unterstützen. CDU-MdB Michael Breilmann: „Unser Ziel ist und bleibt die Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine in den völkerrechtlich anerkannten Grenzen. Die Ukraine muss diesen Krieg gewinnen und die dafür notwendige politische, militärische und finanzielle Unterstützung erhalten“. Im Gegensatz zur Ampel legte die Union ein Maßnahmenpaket vor, um die Ukraine kurz-, mittel- und langfristig in ihrem Freiheitskampf unterstützen. Das beinhaltete auch, die unverzügliche Lieferung der lang erbetenen TAURUS-Marschflugkörper an Kiew im größtmöglichen Umfang. Unerlässlich ist zudem, die Ukraine in eine Sicherheitsarchitektur einzubinden und eine EU-Beitrittsperspektive mit Leben zu füllen.

Migration: Asylbewerberleistungen weiterentwickeln

Der Bundestag hat am Donnerstag über einen Unions-Gesetzentwurf zur [Weiterentwicklung des Asylbewerberleistungsgesetzes](#) beraten. Die Fraktion will damit Anreize zur Migration senken. Hintergrund ist die aktuell hohe Zahl der Asylbewerber in Deutschland. Länder und Kommunen sind inzwischen zunehmend überfordert. Ihre Infrastruktur, also z.B. das Schulsystem, die Kitas und auch Teile der Gesundheitsversorgung, gelangen an ihre Grenzen. Ein Grund für die große Zahl der Asylbewerber in Deutschland ist eine hohe Sekundärmigration aus anderen EU-Staaten und beruht u.a. auf großzügigen Sozialleistungen: Bereits nach 18 Monaten werden bisher aus „Asylbewerberleistungsberechtigten“ sogenannte „Analogleistungsberechtigte“, die einen Anspruch auf Leistungen in Höhe des Bürgergeldes haben.

Die CDU/CSU-Fraktion will die Bezugsdauer der Asylbewerberleistungen von 18 auf 36 Monate ausweiten. Das umfasst auch die verringerten medizinischen Leistungen. Grund dafür ist auch, dass sich die Laufzeit der Asylverfahren in Deutschland, die ein Grund für die Dauer der abgesenkten Leistungen ist, teilweise deutlich verlängert hat. „Wir müssen derzeit alles tun, was dazu beiträgt, die Zahl der Asylbewerber in Deutschland zu reduzieren, um unsere Infrastruktur vor dem Kollaps zu bewahren und die Akzeptanz des Asylrechts in der Bevölkerung zu erhalten“, so CDU-MdB Michael Breilmann. Mit der Verlängerung der Bezugsdauer für abgesenkte Asylbewerberleistungen setze man eine Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern um. Dies sei jedoch nur ein Anfang.

Union gegen Generalverdacht im öffentlichen Dienst

Der Bundestag beriet am Freitag über den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Beschleunigung von Disziplinarverfahren in der Bundesverwaltung und dem Antrag der CDU/CSU-Fraktion „[Generalverdacht gegen den öffentlichen Dienst verhindern – Prävention gegen Extremismus stärken, Disziplinarverfahren im bestehenden System beschleunigen](#)“. An der Integrität der Beamtinnen und -beamten gibt es laut Union keine ernsthaften Zweifel. Alle Untersuchungen und Lageberichte zeigen übereinstimmend, dass sie bis auf wenige Ausnahmen fest auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. „Jeder extremistische Einzelfall ist einer zu viel. Menschen mit verfassungsfeindlichen Ansichten und Handlungen haben im Staatsdienst nichts verloren. Mit unserem Antrag wollen wir Feinde unserer Grundordnung schneller aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen und Tendenzen bereits im Vorfeld konsequent entgegenzuwirken“, so CDU-MdB Michael Breilmann. Den Ampel-Entwurf für ein Gesetz zur Beschleunigung der Disziplinarverfahren in der Bundesverwaltung lehnt die Union ab. Er sei Ausdruck des Misstrauens gegen die Beamtinnen und Beamten. Der Bund ginge mit dem Gesetz einen Sonderweg und würde den bisherigen dienstrechtlichen Konsens brechen.

Antisemitismus: Schutz jüdischen Lebens verbessern

Der Bundestag hat am Freitag erstmals über zwei Gesetzentwürfe der CDU/CSU-Fraktion beraten. „Ich blicke mit Abscheu auf den aus Anlass des Hamas-Terrors offen zutage tretenden Hass und Antisemitismus. Die Zurschaustellung von Freude über Tod von Jüdinnen und Juden ist unerträglich und muss Konsequenzen nach sich ziehen“, so der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann. Deshalb bringe die Union Gesetzesverschärfungen ins Parlament ein: Das „[Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Bekämpfung von Antisemitismus, Terror, Hass und Hetze](#)“ sowie das „[Gesetz zur Beendigung des Aufenthalts und Verhinderung der Einbürgerung antisemitischer Ausländer](#)“. Die Initiativen greifen den Regelungsbedarf auf, den die Union bereits mit dem Antrag zur Debatte „[Historische Verantwortung wahrnehmen – Jüdisches Leben in Deutschland schützen](#)“ festgestellt hat: Im Strafrecht brauche es Anpassungen bei den Delikten der Volksverhetzung, des Landfriedensbruchs und der Sympathiewerbung für Terrororganisationen. Im Ausländerrecht solle u.a. sichergestellt werden, dass antisemitische Ausländer nicht eingebürgert werden können und bei antisemitischen Straftaten das Land wieder verlassen müssen.

Impressum:

Ausgabe Nr. 41 der 20. Wahlperiode

17. November 2023

Herausgeber:

Bundestagsbüro M. Breilmann

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-72555

Email:

michael.breilmann@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

M. Breilmann MdB/Harald Häßler